



# **Niederschrift**

## **Wirtschafts- und Digitalisierungsausschuss**

20. Wahlperiode – 54. Sitzung

## **Finanzausschuss**

20. Wahlperiode – 91. Sitzung

(öffentlicher Teil)

am Donnerstag, dem 27. März 2025, 13:30 Uhr,  
im Sitzungszimmer 122 des Landtags

### **Anwesende Abgeordnete des Wirtschafts- und Digitalisierungsausschusses**

Claus Christian Claussen (CDU), Vorsitzender  
Andreas Hein (CDU)  
Lukas Kilian (CDU)  
Peer Knöfler (CDU)  
Rasmus Vöge (CDU)  
Lasse Petersdotter (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Thomas Hölck (SPD)  
Kianusch Stender (SPD)  
Dr. Bernd Buchholz (FDP)  
Sybilla Nitsch (SSW)

### **Anwesende Abgeordnete des Finanzausschusses**

Christian Dirschauer (SSW), Vorsitzender  
Michel Deckmann (CDU)  
Rixa Kleinschmit (CDU)  
Ole-Christopher Plambeck (CDU)  
Sönke Siebke (CDU)  
Rasmus Vöge (CDU)  
Lasse Petersdotter (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN), i. V. von Oliver Brandt  
Dirk Kock-Rohwer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Birgit Herdejürgen (SPD)  
Beate Raudies (SPD)  
Annabell Krämer (FDP)

### **Weitere Abgeordnete**

Uta Wentzel (CDU)

## **Fehlende Abgeordnete**

Nelly Waldeck (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

Um 13:30 Uhr eröffnet der Wirtschaftsausschussvorsitzende Claussen die 54. Sitzung des Wirtschafts- und Digitalisierungsausschusses, und der Finanzausschussvorsitzende, Abgeordneter Dirschauer, eröffnet die 91. Sitzung des Finanzausschusses. Die Vorsitzenden stellen die Beschlussfähigkeit der Ausschüsse fest. Die Tagesordnung wird einstimmig sowohl vom Wirtschafts- und Digitalisierungsausschuss als auch vom Finanzausschuss gebilligt.

Vor Eintritt in die Tagesordnung beschließen der Wirtschafts- und Digitalisierungsausschuss und der Finanzausschuss jeweils einstimmig, Umdruck 20/4597 (AKN Strategiegutachten) gemäß Artikel 23 Absatz 3 Satz 3 der Landesverfassung vertraulich zu behandeln und geheim zu halten.

### **Einzigiger Punkt der Tagesordnung**

#### **Bericht des Wirtschaftsministers über die Auswirkungen der Insolvenz von Northvolt auf die Batteriefabrik bei Heide**

Fortsetzung der gemeinsamen Beratung vom 20. März 2025

Wirtschaftsminister Madsen führt an, in der heutigen Landtagstagung schon ausführlich zu dem Thema gesprochen zu haben (Plenarprotokoll 20/85, Seite 6354 folgende). Wie öffentlich bekannt sei, habe er in Schweden mit dem Insolvenzverwalter von Northvolt, Herrn Mikael Kubu, die Möglichkeiten angesichts der aktuellen Lage besprochen.

Die Ausschüsse beraten den Tagesordnungspunkt von 13:33 bis 14:20 Uhr in nicht öffentlicher und vertraulicher Sitzung.

Sobald die Öffentlichkeit wiederhergestellt ist, stimmt Minister Madsen in Absprache mit Staatssekretärin Carstens auf Bitten der Ausschüsse für die Landesregierung zu, die Frist zur Einsichtnahme im Aktenvorlageverfahren Northvolt bis zum 15. Juni 2025 zu verlängern.

Abgeordneter Dr. Buchholz bittet die Landesregierung um Einzelprüfung und Begründung bestimmter Schwärzungen der Kabinettsvorlage in Umdruck 20/4591, insofern als sie mit der Einstufung des PWC-Gutachtens in Zusammenhang stünden (Bullet Punkt Nummer 1, Risiken und Schwächen, letzter Halbsatz). Er erläutert, dass Ausführungen colorandi causa im Hinblick

auf das PWC-Gutachten, nicht dessen geheim zu haltenden Inhalt trafen. Vor diesem Hintergrund bitte er auch für die Spiegelstriche 2, 3, 4 und 4, die unter Hinweis auf das PWC-Gutachten geschwärzt seien, um Prüfung und Begründung.

Abgeordnete Raudies unterstützt das vom Vorredner vorgetragene Anliegen. Ihr leuchte nicht ein, warum die öffentlich beauftragten und bezahlten Gutachter bestimmen dürften, ob das Gutachten öffentlich gemacht werde. Sie bitte, den Sachverhalt noch einmal zu prüfen.

Des Weiteren bittet Abgeordnete Raudies die Landesregierung zu prüfen, ob der Schutz von Betriebsgeheimnissen angesichts des eröffneten Insolvenzverfahrens und der Hinweis auf personenbezogene Daten als Grund für Schwärzungen wirklich stichhaltig seien.

Staatssekretärin Carstens teilt mit, dass personenbezogene Daten nur in Unterlagen geschwärzt seien, die von der Einstufung VS-VERTRAULICH oder vertraulich zu öffentlich entstuft würden. In der Regel handele es sich um Informationen zu Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Hauses, die zum Beispiel E-Mail-Schriftverkehre geführt hätten, deren Namen, unterhalb der Abteilungsleiterenebene, geschwärzt worden seien.

Abgeordneter Petersdotter regt an, dass bei Anträgen auf Entstufung von Aktenbestandteilen letztere unmissverständlich aufgelistet werden sollten, um die Nachvollziehbarkeit für die anderen Fraktionen zu gewährleisten.

Abgeordneter Dr. Buchholz unterstützt diese Anregung. Er begrüße, wenn die entsprechende Arbeitsweise im Umgang mit den VS-VERTRAULICH eingestuften Akten ermöglicht werde.

Die Abgeordneten Raudies, Stender und Frau Dr. Riedinger vom Wissenschaftlichen Dienst sowie Abgeordneter Petersdotter und Abgeordneter Dr. Buchholz tauschen Überlegungen zur Praxis der Übermittlung von Entstufungsanträgen an die Landesregierung aus.

Abgeordneter Dr. Buchholz schlägt eine Fortsetzung der Beratung am 3. April 2025 in der Finanzausschusssitzung vor. Bis dahin bitte er den Wissenschaftlichen Dienst um Prüfung des Themas der Entstufung von Unterlagen, die dem Kernbereich der exekutiven Eigenverantwortung unterfielen. Zudem bitte er die Landesregierung, zu überprüfen, ob sie diesbezüglich bei

ihrer Rechtsauffassung bleib, und dies in einer Form zu übermitteln, auf der nötigenfalls eine weitere rechtliche Klärung aufbauen könne.

Der Vorsitzende des Wirtschafts- und Digitalisierungsausschusses, Abgeordneter Claussen, schließt die Sitzung um 14:35 Uhr.

gez. Claus Christian Claussen  
Vorsitzender

gez. Svenja Reinke-Borsdorf  
Geschäfts- und Protokollführerin